

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die öffentlichen Zeitungsverleger, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpf. für Anzeigen in amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf. einsch. Umsatzsteuer. Schmierer und tabellarischer Satz mit Ausschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 5.

Dienstag, den 12. Januar 1932.

35. Jahrg.

Deutschland zahlt keine Tribute mehr!

Um Hindenburgs Präsidentschaft.

Wiederwahl ohne Gegenkandidat.

Die Frage der Präsidentschaft Hindenburgs ist nun soweit geklärt, daß eine Verlängerung der Amtszeit durch den Reichstag nicht mehr in Betracht kommt. Sittler und Eugenbergs haben diesen Vorschlag des Reichstanzlers Brüning und des Reichswehrministers Groener nicht angenommen. Beide Parteiführer teilten ihren Entschluß getrennt in getrennten Briefen, die noch veröffentlicht werden sollen, dem Reichstagsleiter mit.

Die Verlängerung der Amtszeit wird also jetzt auf dem von der Verfassung vorgeschriebenen Wege der Wahl durch das Volk vorgenommen werden. Deutschnationale und Nationalsozialisten scheinen auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet zu wollen, so daß Hindenburg — wenn man von dem unermeidlichen kommunikativen Fehl-Kandidaten absteht — ohne Gegenkandidat gewählt würde. Die Präsidentschaftswahl würde dann nicht erst im März, sondern vielleicht schon im Februar vor sich gehen können.

Volkswahl am 13. März?

In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Volkswahl am 13. März stattfinden wird. Als alleiniger Kandidat kommt der bisherige Reichspräsident in Betracht, dem nur ein kommunikativer Gegenkandidat entgegenstehen dürfte.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende

befähigt sich mit der Anregung des Reichstanzlers, die Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg durch einen verfassungsmäßigen Beschluß des Reichstages verlängern zu lassen. Der Fraktionsvorsitzende erörterte außerdem die außenpolitische Lage im Zusammenhang mit den bevorstehenden internationalen Verhandlungen in Lausanne. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Reichstagsfraktion des Landvolks hat über die gleichen Fragen beraten. Beschlüsse wurden mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen ebenfalls nicht gefaßt.

Brüning gegen Tribute.

Der englische Botschafter beim Kanzler.

London, 10. Januar.

Unter der Überschrift „Deutschlands Ultimatum“ veröffentlicht haben der „Star“ ein Deutertelegramm aus Berlin über einen Besuch des englischen Botschafters Sir Horace Kumbold bei Reichstanzler Dr. Brüning.

Hierbei verständigte der Kanzler den englischen Botschafter davon, daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen könnte, wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wieder befestigt werden sollte. Die deutsche Abordnung müsse auf der Lausanner Konferenz dringend für die vollständige Streichung der Reparationen eintreten.

Die Anklagen Brünings und seiner Kabinettskollegen über die Reparationen seien wiederholt den ausländischen Diplomaten gegenüber erläutert worden. Auch die Presse habe das der Öffentlichkeit gegenüber getan. Man wolle in den zuständigen Kreisen in Berlin darauf hin, daß das geborgte Geld, mit dem Deutschland bisher seine Reparationen bezahlt hätte, da es nicht für produktive Zwecke verwendet worden sei, tot sei.

Das deutsche wirtschaftliche Leben stehe jetzt am Rande des vollständigen Zusammenbruchs. Dieser würde sicherlich ganz unermeidlich werden, wenn versucht würde, wieder die Reparationslasten Deutschland aufzuerlegen. Wenn Deutschland dagegen von dieser

Last befreit würde, so werde es in der Lage sein, seine privaten Schulden zur gegebenen Zeit zu bezahlen. Aber es könne unmöglich diese und die Reparationen zusammen zahlen.

Duchy am 25. Januar.

Der Termin für den Zusammentritt der Internationalen Konferenz ist nun endgültig festgelegt. Sie beginnt am 25. Januar und wird in Duchy am Genfer See tagen.

Brünings Weltschmerz.

Berlin ist zuversichtlich.

Berlin, 12. Januar.

Nachdem sich die erste Erregung über die Tributverklärung Brünings gelegt hat, macht sich überall in der Welt eine ruhigere Auffassung bemerkbar, und in Berlin bereits man die Lage durchaus zuversichtlich. Die ursprünglich erwartete Drohung, daß Frankreich nicht zur Lausanner Konferenz erscheinen werde, ist nicht eingetreten. Bemerkenswert ist eine Havas-Erklärung, wonach sich zwar die französische Regierung ihre Stellungnahme vorbehält, aber gleichzeitig feststellt, daß Frankreich in Lausanne erscheinen werde. Auch die Pläne, das Saager Gericht in Anspruch zu nehmen, haben sich nicht verwirklicht.

Bertinog droht.

Allerdings werden in der französischen Presse nach wie vor Repressalien gegen Deutschland gefordert. Ueber die vorausgesetzliche Haltung der französischen Regierung gibt ein Artikel von Bertinog gewisse Aufschlüsse. Er schreibt, Frankreich sei in seiner Verteidigung durchaus nicht aller Nachmittel entblößt.

So werde die Bank von Frankreich ihren Anteil an der der Reichsbank gewährten Anleihe von 100 Millionen Mark Ende Februar zweifellos nicht verlängern. Zweitens werde es nicht schwierig sein, die deutsche Wirtschaft über gewisse Gläubiger, die Frankreichs Schulden seien, zu treffen. Darüber hinaus könne Frankreich seine Rechte dadurch wahren, daß es wie im Jahre 1921 Zollmaßnahmen gegen die deutsche Einfuhr ergreife. Auf jeden Fall fordere die französische Öffentlichkeit, daß man dem Reichstanzler Brüning nicht erlaube, einen neuen „Taschen Papier“ in den Papierkorb zu werfen.

Nach dieser aus der Tiefe seines Gemüts ausgeflossenen Drohung geht Bertinog zu den französisch-englischen Verhandlungen über und stellt fest, daß die Vespredungen nicht reich vom Fleck kämen. Er bezeichnet den deutschen Schritt als eine der traurigen Folgen der Weilandräumung. Man habe in Frankreich stets gefürchtet, daß die Entsendung der ausländischen Truppen den deutschen Schuldnern die Möglichkeit geben werde, ihr Wort zu brechen.

Der „Matin“ beschäftigt sich ebenfalls mit der Frage der Verlängerung des der Reichsbank gewährten Kredites und meint, daß man der These „Deutschland kann nicht mehr zahlen“ die These „Frankreich kann nicht mehr zahlen“ entgegenstellen müsse.

Sollte die französische Regierung wirklich diesen Rat gebahren folgen und die Verlängerung des Kreditkontredits verhindern, so würde das nur den Erfolg haben, daß die offenkundige Tributunfähigkeit Deutschlands noch offenkundiger wird. Ob Frankreich praktisch etwas dadurch erreichen würde, ist jedoch mehr als zweifelhaft, denn nassals könnte der französische Anteil an dem Kreditkontredit auf andere Weise ausgeglichen werden. Eberwiesung zweckmäßig wären auch die anderen in der Presse angeführten Maßnahmen.

Polen festländert.

Ähnlich wie in Frankreich selbst ist die Aufnahme der Kanzlererklärung in den französischen Volksblättern, besonders in Polen.

Allerdings beschränkt sich die polnische Presse darauf, ihre Ansicht durch den Abdruck der französischen Kommentare und durch recht drastische Ueberschriften zu dokumentieren, wie zum Beispiel: „Die Erklärung Brünings ist ein Akt des politischen Wahnsinns“, „Europäischer Finanzstand“, „Die Deutschen werden die Reparationszahlungen nur unter Kriegsdrohung leisten“ usw. Am beliebtesten scheint jedoch die Feststellung des „politischen Wahnsinns“ zu sein, da dieser Satz am häufigsten wiederholt wird.

Man erinnert weiter an den Satz Mussolinis: „Wenig Zeit wird noch vergehen müssen, bis die Ueberzeugung sich durchsetzt, daß im Weltwirtschaftssystem irgend etwas in Unordnung sein muß? Aus der Presse erhebt man, daß Italien seinen haren Standpunkt beibehalten hat. Der „Popolo di Roma“ weist auf die enge Verknüpfung von Tributen, Kriegsschulden und privaten Schulden hin. Er würde einen großen Schritt vorwärts bedeuten, wenn die Welt einfiel, daß sie viel ärmer ist, als sie glaubt.

Der Widerhall in Italien.

Auch in Italien hat die Kanzlererklärung ihren Eindruck nicht verfehlt.

In sachlichen Kreisen erinnert man an die Rede Mussolinis in Neapel, in der er fragte, ob wirklich 60 lange Jahre vergehen müssen, bis man den Schlüssel unter die Berechnung von Soll und Haben legen werde, die aufgegangen sei in dem Blut von zehn Millionen junger Menschen, die die Sonne nie mehr sehen würden.

Man erinnert weiter an den Satz Mussolinis: „Wenig Zeit wird noch vergehen müssen, bis die Ueberzeugung sich durchsetzt, daß im Weltwirtschaftssystem irgend etwas in Unordnung sein muß? Aus der Presse erhebt man, daß Italien seinen haren Standpunkt beibehalten hat. Der „Popolo di Roma“ weist auf die enge Verknüpfung von Tributen, Kriegsschulden und privaten Schulden hin. Er würde einen großen Schritt vorwärts bedeuten, wenn die Welt einfiel, daß sie viel ärmer ist, als sie glaubt.

Erklärung MacDonalds.

Im Gegenlicht zu Frankreich und seinen Gläubigern steht die Haltung der angelsächsischen Länder und der Neutralen. Der englische Ministerpräsident MacDonald erklärt in einer Unterredung zu den Feststellungen Brünings, daß die Politik und die Stellungnahme der englischen Regierung erst am geeigneten Ort und zur geeigneten Zeit mitgeteilt werden könnten.

Inzwischen könne gesagt werden, daß es angeht, daß der im Botsler Sachverständigenbericht geschilderten deutscher Wirtschaftslage und angeht der politischen Probleme Deutschlands nicht unwahrscheinlich gewesen sei, daß Dr. Brüning eine solche Erklärung auf der Lausanner Konferenz abgeben werde. Die Tatsache, daß er sie schon abzugeben habe, mache die Konferenz ruhiger denn je; denn es sei unmöglich, die Dinge so zu lassen, wie sie seien.

Die gegenwärtige Lage sei das Ergebnis von internationalen Abmachungen. Eine internationale Konferenz sei daher notwendig, um die Lage zu behandeln. Nach seiner Ueberzeugung würden dann alle betroffenen Regierungen einsehen, daß die Erhaltung und Befriedung Europas davon abhängt, daß man den harten Tatsachen ins Gesicht sehe.

Die gesamte Londoner Presse widmet der Tributfrage lange Zeilen, die fast durchweg auf den Grundton abgestimmt sind, daß die Forderung des Reichstanzlers auf Einstellung der Tributzahlungen sachlich gut begründet sei.

„Times“

betonen, daß die Erklärung Brünings die deutsche Haltung ganz klar mache, ohne daß hierdurch die Abhaltung der Lausanner Konferenz in Zweifel gestellt werde.

„Daily Telegraph“

heißt aus Brünings Erklärung heraus, daß Deutschland nicht bezahlen könne. Die Erklärung sei nicht der Hinweis eines Schuldners für seine Zahlungsunfähigkeit, sondern eine Forderung nach Streichung der Tribute. Brüning fordere indessen zuviel, als niemand sagen könne, ob und was Deutschland in Zukunft zahlen könnte.

Die „Daily Mail“

erklärt, es sei die nackte Wahrheit, daß Deutschland gegenwärtig nicht zahlen könne. Frankreich sei es, ob das Reich auch in aller Zukunft zahlungsunfähig bleibe.

Der „Daily Herald“

sichert die Unterstützung der englischen Arbeiterpartei bei allen Verträgen zur Streichung der Schulden zu. Deutschland habe bereits mehr an Frankreich bezahlt, als die Kriegsschulden ausmachten.

„People“

bringt die Nachricht, daß in französischen Kreisen der sofortige Zahlungsrückhalt der Tributzahlungen gefordert werde, die sich auf eine gemeinsame Politik einigen sollten. Der Zweck sei natürlich, daß gegen Deutschland Zwangsmaßnahmen ergriffen werden sollten; aber es sei ganz sicher, daß Frankreich in diesem Falle nicht die Unterstützung Englands und Amerikas erhalten werde.

Der gordische Knoten zer schlagen.

Unter der Ueberschrift „Der Knoten zer schlagen“ sagt „New York Tribune“, die Hitler-Bewegung sei so angewachsen, daß es für jede deutsche Regierung eine Notwendigkeit wäre, in Kaufman den europäischen Staatsmännern gegenüberzutreten, ohne sich vorher Hülers Unterstützung gesichert zu haben. Das Blatt wendet sich gegen die Behauptung des französischen Finanzministers, daß der Schritt Brünnings das Vertrauen zerstöre und die Depression vertiefe. Die amerikanischen Banken und die Schatzkammer hätten längst mit einem ähnlichen Schritt gerechnet. Die amerikanische Ansicht unterliege allerdings nicht die deutsche Annahme, daß der Schritt Brünnings das Reparationsende bedeute. Die „New York Times“ glaubt an eine Linkslenkung Frankreichs. Briands Verhöhnungsende bedeute die französischen Ansichten in Kaufman und Genf beherrichen.

Die Kredite der B33.

Deferrezeit und Angarn verlängert.

Beitel, 12. Januar.

Der Verwaltungsrat der B33 hat seine Tagung bereits abgeschlossen. Der Präsident der B33 wurde ermächtigt, den Kredit an die Deutsche Reichsbank von 25 Millionen Dollar auf drei Monate zu verlängern, vorausgesetzt, daß auch die drei anderen mit je 25 Millionen Dollar beteiligten Banken zu denselben Bedingungen der Erneuerung zustimmen. Der Kredit läuft bekanntlich am 4. Februar ab.

Man nimmt an, daß die Bank von Frankreich, die über die jüngste Erklärung Dr. Brünnings in der Tributfrage eine gewisse Wertminderung an den Tag legt, bis dahin auch ihre Zustimmung für die Verlängerung des französischen Anleihen erteilen wird.

Der Anleihe der B33 an dem österreichischen Kredit von 100 Millionen Schilling, der am 12. Januar abläuft, wurde gleichfalls verlängert. Auch der Anleihe der B33 an dem ungarischen Kredit, der am 18. Januar abläuft, ist verlängert worden.

Bei diesen beiden Krediten machten die Zentralbanken einiger Staaten der Kleinen Entente gegen die Verlängerung Einwendungen, doch dürften diese in der Zwischenzeit beigelegt werden, so daß der Verlängerung der Kredite nichts im Wege stehe. Auch der südwestliche Kredit von drei Millionen Dollar wurde verlängert.

Der Verwaltungsrat ratifizierte

ferner die bereits telegraphisch der B33 gegebene Ermächtigung, den interalliierten Regierungen den Empfang und die Annahme des Beschlusses Sondergutachtens zu beschließen. Auch nahm er Kenntnis von der durchgeführten Aufgaben der Bank als Treuhänder für die 5% v. H. Younganleihe, über den Geschäftschluß der letzten beiden Monate und über die Tätigkeit des Untermittels, das am Sonntagvormittag sich mit der künftigen Bauspolitik der B33 beschäftigt hat.

Wiggins über die kurzfristigen Kredite.

In dem Jahresbericht der Chase National-Bank bringt Albert H. Wiggins zum Ausdruck, daß die kurzfristigen Kredite von Deutschland im großen und ganzen vernünftig verwendet worden seien. Das Stillhalteabkommen könne keine ständige Lösung der deutschen Kreditfrage darstellen, es sei als Atempause bis zu einer endgültigen Regelung gedacht.

Die deutschen Bankiers hätten Treu und Glauben und den Willen zur Zusammenarbeit gezeigt. Die amerikanischen Gläubiger hätten nicht die Absicht, die Kredite in einer Weise zurückzuführen, durch die Deutschland in Schwierigkeiten gerate.

Deutschlands Nein.

Die Welt ist auch heute noch mit Selbstverständlichkeiten zu überrollen. Anders wäre die Aufregung nicht zu verstehen, die eine Erklärung des deutschen Kanzlers ausgelöst hat. Aufregung bei denen, die immer noch nicht begriffen haben, worum eigentlich heute der große internationale Kampf geht. Die immer noch glauben, es handle sich um festigen Stadium von Deutschland, die Rechte in der Wohlfahrt gehen oder auch nur um seine Erhaltung. Die noch nicht begriffen haben, daß Deutschland heute der Krisenherd für die ganze Welt ist, für Wirtschaft und Völker, ohne dessen Gesundung eine Wiedererzeugung gesunder Verhältnisse in der ganzen Welt einfach nicht mehr möglich ist.

Der deutsche Reichszugler hat in einer Weisung, die er mit dem englischen Botschafter in Berlin gehabt hat, das klare Wort gesprochen, daß Deutschland keinerlei „politische Zahlungen“ mehr werde leisten können. Niemand kann annehmen, daß diese Erklärung Brünnings den englischen Botschafter überrascht hat. Denn vor die Vorgesichte und den Kampf um den Hooverplan kennt, weiß daß der englische Botschafter in die politischen und wirtschaftspolitischen Motive zu diesem Hooverplan sehr genau eingeweiht gewesen ist. Es ist niemand überrascht worden und im Grunde hat sich niemand überraschen lassen. Man tut nur so.

Diesigen jedenfalls tun so, die es nicht wahr haben wollen, daß die Reparationspolitik nun jede Existenzmöglichkeit verloren hat. Daß mit dem Youngplan die Reparationspolitik überhaupt erledigt ist. Das Echo, das die Kanzlererklärung, die nur ein offenes Geheimnis enthielt, hat, auslöst, zeichnet die Fronten für den kommenden Konferenzkampf ganz klar ab: einer ausgesprochenen französischen Front mit Belgien, Polen und Jugoslawien steht eine deutsch-englisch-amerikanisch-italienische Front gegenüber. Hier stehen unter den Parolen „Heiligkeit der Verträge“ und „Reaktion“ auf der anderen Seite Furcht und Gift, Wahnwitz und Erkenntnis aufeinander.

Für die Beurteilung der deutschen Stellung und ihrer Stärke in diesem Kampf ist die Erklärung maßgebend, die der englische Regierungschef MacDonald abgegeben hat und die davon spricht, daß die Konferenz von Kaufman nun notwendiger denn je sei, denn es ist unmöglich die Dinge so zu belassen, wie sie sind. Das war die Antwort auf jene nationalitalienische Parole, die aus Paris kam und die die Regierung Frankreichs aufforderte, nach dieser Erklärung des Reichskanzlers die Konferenz von Ducht bei Kaufman für über-

läufig zu erklären, jedenfalls nicht auf die Konferenz zu gehen. Die französische Regierung hat wohl gemerkt, warum sie auf solche Anpassungen durch das Havas-Büro erklären ließ, daß sie auf jeden Fall nach Kaufman gehen werde. Im gleichen Sinne muß die Feststellung von Havas gewertet werden, daß Frankreich nicht daran denke, einen internationalen Gerichtshof im Haag zu appellieren, was für den Fall einer abschließlichen Verlegung des Youngplans durch Deutschland vorgezogen ist.

Erfreulich festzustellen ist, daß Laval sich durch das Gesehrei seiner Nationalisten nicht betören läßt. Niemand wird dem französischen Regierungschef bestreiten, daß es für die Regierung eines Landes immer schwer ist, auf „Recht“ aus Verträgen zu verzichten. Aber wenn Verträge ihren Sinn verloren haben oder, noch genauer gesagt, wenn sich der Widerspruch von Verträgen als historisch erwiesen hat, dann wäre für eine Regierung nichts fälscher, als aus Populärheitsgründen ihrem Lande dadurch auf Sicht gegenwärtigen schweren Schäden zuzufügen, daß es sich davor scheut, der Entwicklung Rechnung zu tragen und die Dinge zu nehmen, wie sie sind.

Es ist nun einmal unlegare Tatsache, daß der Weg der deutschen Außenpolitik Brünnings die Möglichkeit gegeben hat, für die Behauptung, Deutschland habe nichts mehr zahlen, den Beweis zu liefern. Nicht ohne Grund läßt Paris erklären, die Regierung denke nicht an die Anrufung der Haager Cour. Man weiß sehr wohl, daß die Haager Cour oder welches Gericht auch immer niemals die deutsche Regierung schuldig sprechen könnte, sie hätte den Youngplan zerlegt worden! Man begreift also nicht die Aufregung, die zunächst in der französischen Öffentlichkeit am härtesten spürbar war, als übrigens auf dem Umweg über Polen, das Kanzlerwort vom Nichtmehrzahlen in die Weltöffentlichkeit geschrieben wurde.

Das deutsche Nein hat das Ergebnis der Konferenz von Kaufman nicht vorweggenommen. Es hat nur von vorerhener Klarheit gesprochen über das, was in Kaufman zur Diskussion steht. Die Krise, deren Schäten über der ganzen Welt heute wie ein Alibi liegt, verlangt nach einer reitlosen Klarheit. Und wenn der Kanzler ohne Rücksicht auf die tatsächliche Wirkung die Welt nun einen Blick in die Karten hat tun lassen, indem er nüchtern und ohne Umschreibung erklärt hat, Deutschland kann nichts mehr zahlen, dann ist er das wohl aus der Ueberzeugung heraus gelang, daß die judiziäre Not und Krise für Taktik heute keinen Raum mehr läßt.

In dieser Auffassung, in der sich der Kanzler mit der ganzen deutschen Nation ohne Unterschied der noch immer aufgemachten Lebensweisen der Parteigenossen einig weiß, steht Deutschland nicht allein. Nicht einmal in Frankreich verliert man die Augen vor der Lage, wie sie ist. Auch dort gibt es, wenn auch erst vereinzelt, Stimmen, die offen ausprechen, daß die Reparationen der Welt noch mehr Leibes getan haben, als Frankreich zugibt. Nichts aber charakterisiert die Beurteilung der internationalen Lage deutlicher als eine Stimme aus dem Ausland, die die deutsche Erklärung „Befreiung von einem Alibi“ nennt.

Die Wahlen in Lippe.

Im allgemeinen ruhiger Verlauf.

Deimold, 12. Januar.

Der Wahltag ist im ganzen Lande im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Nationalsozialisten haben stark zugenommen, auch die Deutschnationalen Volkspartei hat einen Zuwachs durch Hinzutritt des Landvolkes zu verzeichnen. Zu einem politischen Zusammenstoß kam es in Schömar zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei zwei Nationalsozialisten und ein Kommunist Verletzungen davontrugen.

Stadt Deimold:

Zentrum 423 (450) Stimmen, 1 (1) Mandat; Volksdienst 670 (622), 2 (0); Kriegesbeschädigte 302 (552) bei den Stadtverordnetenwahlen von 1928), 0 er, durch Listenverbund 1 (1); Kommunisten 797 (431), 2 (1); Sozialdemokraten 1354 (2370), 4 (6); Beamtenschaft 597 (—), 1 (0); Staatspartei 188 (616), 0 (2); Deutsche Volkspartei 683 (1280), 2 (8); Deutschnationalen 959 (897), 3 (3); Nationalsozialisten 2852 (2152), 8 oder 9 (0).

Stadt Salzhausen ein schließlich Schömar:

Deutschnationalen 336 (—), Nationalsozialisten 2866 (1629), Verein. Bürgerliste 560 (—), Kriegesbeschädigte 232 (—), Evangel. Volksdienst 556 (—), Zentrum 484 (—), Sozialdemokraten 2081 (1918), Kommunisten 902 (—).

Stadt Lemgo:

Deutschnationalen 632 (—), Nationalsozialisten 2035 (1590), Außenbürger 784 (—), Bürgerliche Mitte 375 (—), Evangel. Volksdienst und Zentrum 120 (—), Sozialdemokraten 824 (1190), Kommunisten 1218 (903).

Stadt Verlinghausen:

Sozialdemokraten 933 (992), Bürgerliche Einheitsliste 504 (—), Nationalsozialisten 387 (248), Kommunisten 251 (—).

Stadt Blomberg:

Bürgerliche Einheitsliste (DNV) und (SDNV) 1281 (Nat.-Soz. 485), Sozialdemokraten 621 (800), Kommunisten 241 (—), Beamt. 196 (—).

Stadt Barntrup:

Nationalsozialisten 575 (469), Sozialdemokraten 294 (473), Kommunisten 152 (—), Bürgerliste 107 (—), Deutschnationalen 52 (—).

Insgesamt wurden bei den Kommunal- und Kreislagswahlen folgende Stimmen abgegeben:

	Deutschnationale	8 114	Letzte Reichstagsw.	7 487
Nationalsozialisten	25 357	20 388		
Sozialdemokraten	22 651	30 150		
Kommunisten	9 533	6 045		
Spilfpartei	17 156	27 597		

Die Rettung der Totgeglaubten.

Sieben der Verhütteten von Karsten-Zentrum geborgen. — 144 Stunden lebendig begraben.

Was man kaum noch zu hoffen wagte, ist geschehen. Sieben von den vierzehn Bergleuten, die am vorigen Montag in der Karsten-Zentrum-Grube bei Beuthen durch einen Einsturz verhüttet wurden, sind am Sonntag abend lebend geborgen worden. Alle sind sehr erschöpft, zwei haben auch Verletzungen erlitten, aber bei keinem besteht Lebensgefahr. Noch sind sieben Bergleute verhüttet in der Grube. Aber man hat nun neue Hoffnung, wenigstens noch einige von ihnen lebend bergen zu können.

Was die Geretteten erzählen.

Die übrigen Verunglückten noch nicht geborgen.

Beuthen, 12. Januar.

Es ist bis jetzt auf der Karsten-Zentrumgrube noch nicht gelungen, an die verhütteten sieben verhütteten Bergleute heranzukommen. Es besteht auch keine Verbindung mit ihnen. Entgegen anderslautenden Meldungen schneit man also über das Schicksal dieser sieben Eingeschlossenen nach wie vor im Ungewissen.

Bei den geretteten sieben Bergleuten macht die Erholung weitere Fortschritte. Man erzählt jetzt Einzelheiten über die furchtbaren 144 Stunden, die diese Bergleute von aller Welt abgeschnitten verbracht haben. Zur Zeit des Unglücks waren sie an verhöhlenden Stellen der Grube beschäftigt. Nach und nach fanden sie sich in einem Hohlraum zusammen, der den meisten Schutz zu bieten schien. Zum Glück war jedoch die Luftzufuhr intakt geblieben, so daß sie wenigstens nicht unter Luftmangel zu leiden hatten. Schimmer war es mit der Nahrung bestellt. Da sie bis zur Zeit des Unglücks bereits vier Stunden sich unter Tage befanden, hatten sie nur wenig Brot bei sich. Von Anfang an sind sie dann mit diesen Resten äußerst sparsam umgegangen.

Sehr gefliss haben sie unter dem Mangel an Erntematerial. Sie hatten sich schließlich dadurch, daß sie sich an den Wassertropfen, die sich infolge des Temperaturunterschiedes an der Luftzufuhr bildeten, erschlossen. Obwohl sich die Eingeschlossenen der Gefährlichkeit ihrer Lage voll bewußt waren, haben sie bis zum letzten Augenblick darauf gehofft, daß es ihren Kameraden gelingen würde, sie rechtzeitig zu befreien.

Einige von den Geretteten haben sich überraschend schnell erholt. Unmittelbar nach ihrer Freilassung haben sie bereits um Jagareiten, wie überhaupt alle Eingeschlossenen den Tabak während ihrer Abgeschlossenheit jämmerlich vermischt haben.

Die Namen der Bergleute.

Die sieben Bergleute, die wie durch ein Wunder dem Tode entronnen sind, heißen:

Stama, Alfred, Kohlegeger aus Beuthen, Klutowski, Josef, Hauer aus Königshütte, Raret, Wilhelm, Fördermann aus Beuthen, Ludwig, Emil, Fördermann aus Karf, Konat V. Paul, Füller aus Beuthen, Starfink, Alois, Fördermann aus Mieschowitz, Kulpost, Paul, Fördermann aus Mieschowitz.

Wilhelm Marek trug einen Oberschenkelbruch, Klutowski Fleischwunden davon.

Des Reichspräsidenten Dank und Anerkennung.

Die Schlesische Bergwerks- und Hütten-L.-G. hat dem Reichspräsidenten telegraphisch über die Rettung von sieben der Verunglückten berichtet. Der Reichspräsident hat hierauf in folgendem Telegramm geantwortet:

„Ich habe mit großer Freude aus Ihrem telegraphischen Bericht die Rettung von sieben der auf der Karsten-Zentrum-Grube verhütteten Bergleute vernommen und spreche der tapferen Rettungsmannschaft Dank und Anerkennung für diese Tat aus. Gott gebe, daß es gelinge, auch die übrigen Verunglückten lebend zu bergen.“

200 Mark für jeden der Geretteten.

Das preussische Handelsministerium teilt mit: „Sodasfrei durch den glücklichen und überraschenden Erfolg der Rettungsarbeiten auf der Karsten-Zentrumgrube in Obereschleien hat der preussische Handelsminister Dr. Schreiber den Bergbaupräsidenten in Breslau beauftragt, persönlich im Namen der Preussischen Staatsregierung den Geretteten die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen und jedem als Beihilfe für die nötige Wiederherstellung der Gesundheit ein Geldgeschenk von 200 Mark zu überbringen. Er hat ferner den Bergbaupräsidenten beauftragt, nach Abschluß der Rettungsarbeiten baldmöglichst Vorschläge für eine würdige Auszeichnung der tapferen Rettungsmannschaften zu machen.“

Briands Rücktritt entschieden.

Die Neubildung des Kabinetts noch nicht vollzogen.

Die Rücktrittsabsichten Briands werden jetzt offiziell bestätigt. Briand hat danach schon am Donnerstag dem kabinetschef telephonisch mitgeteilt, daß er die Stunde seines Rücktritts für gekommen halte. Er sei krank, und es müsse daher Vorjorge für eine in jeder Hinsicht leistungsfähige Vertretung Frankreichs auf den Konferenzen getroffen werden.

Laval hat sich mit dem Präsidenten der Republik und mit anderen Persönlichkeiten bereits eingehend über die Umbildung des Kabinetts unterhalten. Entscheidende Beschlüsse sind jedoch noch nicht gefaßt worden.

Mehrere Abgeordnete der Linken haben sich in sehr kategorischer Form gegen eine Beteiligung an der Regierung ausgesprochen und jeden Versuch zur Bildung eines Konzentrationskabinetts als verpöndet bezeichnet.

Amthlicher Teil.

Bericht: Viehweidenbeitrag.

Für die in den ersten 6 Wochen nach der Geburt geschälften oder verendeten Kälber ist auf Antrag ein Viehweidenbeitrag für 1931 nicht zu entrichten.
Entsprechende Anträge sind spätestens bis zum 20. Januar 1932 bei uns zu stellen. Spätere Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.
Annaburg, den 12. Januar 1932.
Der Gemeinde-Vorstand.

Locales und Provinzielles.

Preisrichter und Preisverschiebung. In einem gemeinsamen Kundes des Ministers für Handel und Gewerbe und des Innenministers an alle Preisbehörden erlassen die beiden Minister im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister, der Durchführung der Verordnung des Reichstagsministers für Preisüberwachung über Preisrichter und Preisverschiebung vom 17. Dezember 1931, besondere Aufmerksamkeiten zuzuwenden. Im Falle eines Zuwiderhandelns gegen die Vorschriften der genannten Verordnung, werden die Preisbehörden angewiesen, im Wege der polizeilichen Verfügung unter Androhung von Zwangsmitteln für die Durchführung Sorge zu tragen. Dem Reichstagsminister für Preisüberwachung ist durch die Hand des Regierungspräsidenten Bericht zu erstatten, wenn infolge harter Fälle und böswilliger Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Verordnung die Unterlegung der Fortführung von Betrieben oder die Schließung von Betriebs- und Geschäftsräumen angezeigt erscheint.

Die Anzahlung der Zufahrtene durch die hiesige Gemeinde erfolgt am Freitag, den 15. ds. Ms. von 16-18 Uhr.

Annaburg. Am heutigen Tage begeht Frä. Bertha Fink ihren 80. Geburtstag. Frä. Fink, die mit ihrer ebenfalls hochbetagten Schwester ihren Haushalt gemeinsam führt, begeht ihren Geburtstag noch in bester körperlicher und geistiger Frische. Auch von unserer Seite der Genannten, die somit zu den ältesten Einwohner Annaburgs gehört, herzlichsten Glückwünsche.

Annaburg. (Gerichtsvorhandlung.) Gegen den Landwirt und früheren Gutsbesitzer E. Müller-Annaburg fand am Sonnabend, den 19. Januar, erneut Verhandlung wegen Stromdiebstahls statt. Der Genannte, der in erster Verhandlung vor dem Amtsgericht in Brettin, wegen unbefugter Entnahme von elektrischem Strom aus dem Leitungsnetz unter Umgehung des Stromzählers zu sechs Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt war, hatte gegen dieses Urteil Berufung bei dem Landgericht eingeleitet. In der Berufungsverhandlung konnte sich der Angekl. nicht zu der Ansicht bekennen, daß M. den ihm zur Last gelegten Diebstahl nicht begangen habe. Die Berufung wurde daher verworfen und das ursprüngliche Urteil des Amtsgerichts mit der Maßgabe aufrecht erhalten, daß Strafauflösung erfolgt, wenn der Angekl. innerhalb dreier Jahre den verurteilten Schaden wieder gut macht. Als Vertreter der Staatsanwaltschaft trat Herr Staatsanwaltschaftsrat Bauer auf; den Vorsitz in der Gerichtsverhandlung, die im großen Sitzungssaale des hiesigen Rathauses stattfand, führte Herr Landgerichtsrat Brüdner.

Annaburg. Auf der 23. Versammlung des Geflügelzüchtereis Dresden-Neustadt, erhielt Herr Franz Böbe, hier, auf Lauben (Berliner Lange) 2 x gut, 2 x sehr gut und Ehrenpreis.

Jesien, 9. Januar. Der heutige Schweinemarkt zeigte einen Auftrieb von 383 Ferkel und 7 Läufer. Für Ferkel wurden 7 bis 11 Mark, für Läufer etwa 30 bis 40 Pf. pro Pfund bezahlt. Es konnte fast alles umgesetzt werden.

Badensdorf (Kr. Schweinitz). Ein Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch auf einem hiesigen Bauernhof. Der Landwirt Behmann war mit dem Getreideerdbüsch beschäftigt und kam dabei der Drechsmaschine zu nahe. Er wurde von dieser erfasst und schwer verletzt. Er erlitt Brustquetschungen und am Kopfe erhebliche Fleischwunden, die von einem herbeigerufenen Arzt genäht werden mußten.

Brettin. Auf dem Schweinemarkt waren 192 Ferkel aufgetrieben. Die Preise bewegten sich zwischen 7-10 RM.

je Stück. Das Geschäft war schleppend, trotzdem wurde der Markt ziemlich geräumt.

Torgau. Selbstmord durch Erhängen verübte auf einem Fabrikgelände an der Mierstraße der 63 Jahre alte Arbeiter Wilhelm D. von hier. Der Grund zu der Tat ist unbekannt.

Torgau. Das Kulturamt wird, wie verlautet durch die Sparverordnung nicht betroffen, sondern bleibt bestehen. Bei der Wichtigkeit insbesondere der Aufgaben der ländlichen Seelhilfe, die den Kulturämtern obliegen, ist auch in Zukunft mit einer Auflösung der Kulturämter nicht zu rechnen.

Falkenberg. Der Amtsausschuß von Falkenberg hat jetzt eine Entscheidung gefällt, die dem seit Jahren schwebenden Kampf um die Neubebauung des Amtsoberförstereis ein Ende machen soll. Die preußische Regierung bzw. das Oberpräsidium hatte dreimal hintereinander die vom Kreisrat getroffene Wahl, zum Teil aus politischen Gründen, nicht bekräftigt. Der Amtsausschuß hat jetzt beschlossen, den Amtsbezirk aufzulösen und Falkenberg, das zwar Dorfgemeinde, aber zugleich die größte Gemeinde im Kreise Liebenwerda ist (größer als alle Städte im Kreise), zum selbständigen Amtsbezirk zu erklären, dessen Verwaltung voraussichtlich in die Hände des Gemeindevorstandes gelegt werden soll. Für die Vermögensauseinandersetzung sind bereits endgültige Beschlüsse getroffen. Die bisher zum Amtsbezirk Falkenberg gehörenden Dörfergemeinden der Umgebung werden einen eigenen Amtsbezirk, voraussichtlich mit dem Ort in Schmördorf bilden. Da Falkenberg bisher die Rollen der Amtverwaltung mit rund 85 Prozent trug, werden bei einer derartigen Neuzugleichung auf finanziell kaum größere Lasten zu übernehmen sein.

Liebenwerda. Auf Grund des Stillschließens und des Sicherungsverfahrens des Reichspräsidenten sind im Landkreise Liebenwerda insgesamt 580 Anträge auf Einleitung eines Umwandlungs- bzw. Sicherungsverfahrens eingereicht worden. Die Anträge kommen zum größten Teil aus den kleineren Betrieben mit einem Einheitswert von 20000 bis 40000 RM. Von größeren Betrieben sind etwa 50 Anträge eingegangen. Genehmigt wurden bisher die Anträge in genau 30 Fällen. Die Frist zur Einreichung solcher Anträge war mit dem Jahresende abgelaufen.

Jahna. (Freitod.) Aus noch nicht bekannter Ursache warf sich unweit der Föhlermühle ein junges Mädchen vor den D-Zug Leipzig-Berlin. Der Unglücklichen wurde der Kopf vom Kumpf getrennt. Das Mädchen war, wie verlautet, bei dem Landwirt Zimmermann in Rahnsdorf in Stellung.

Belzig. (Selbstmord wegen fristloser Entlassung.) Der 60 Jahre alte Buchhalter Karl Meyer, der mehr als 20 Jahre lang bei der Schlossbrauerei in Wiesenburg tätig war, erhängte sich in seiner Wohnung. Die fristlose Entlassung aus seiner Stellung hatte ihn schwermütig gemacht.

Aleinwittenberg. Einen völlig erschöpften Biber fing am Sonnabendmorgen der Fischereimeister Hermann Richter in der Elbe. Der Fischereimeister war mit einem Boot im Hochwasser unterwegs, als mitten im Strom plötzlich das Tier neben dem Fahrzeug aufschwamm. Infolge des Hochwassers mußte das Tier verumflut seinen Bau verlassen und wühlte nicht mehr ein noch aus. Um den erschöpften Biber, der etwa ein Jahr alt ist, vor dem Ertrinkungstod in der starken Strömung zu bewahren, nahm der Fischereimeister das Tier ins Boot. Zu Hause angekommen, wurde die zuständige Behörde von dem Biberfang unterrichtet.

Solkweisitz. Nach Monate Gefängnis für einen Wilderer. Beim Wildern im Teufelers Forst wurde der Arbeiter R. Z. von einem Landjägerbeamten angeschossen. Das Torgauer Große Schöffengericht verurteilte den Wilderer zu acht Monaten Gefängnis.

Oranienbaum. (Brandstifter im Wölfler Wint?) In kurzen Abständen brachen in Ostpotsdam des Wölfler Wintels, so in Kalau und in Horstorf nächtliche Schadenfeuer aus. In Oranienbaum selbst bemerkten nachts vorübergehende Automobilisten im Konfirmandengebiet von Hoffmann Feuer. Der Besitzer wohnt mit seiner Familie im Innern der Stadt und mußte erst gebolt werden. Der Feuerwehr gelang es im letzten Augenblick, den Ausbruch aufzubrechen und Hoffmanns Auto und den großen Beinwurzol herauszubringen. Das Feuer konnte gelöscht werden, doch ist großer Wasserschaden entstanden.

Deßau. (Er verpötmilchte 99 Dollar.) Im Schnellverfahren wurde wegen Devisen-Verheimlichung der Drogit

Delo Johannes, Deßau, der trotz Aufrufs seine 99 America-Dollar, die höher als 200 M. Wert haben, nicht der Reichsbank zum Kauf anbot, sondern erst im Dezember 1931 abließerte, zu 300 M. Geldstrafe, erlagweise 30 Tagen Gefängnis und Konfiskation des 200 RM. übersteigenden Wertes der Dollarnoten verurteilt. Das Gericht nahm sachliche Handlung und nicht Vorlog an.

Halsleben. Das neue Jahr fängt mit den Ankündigungen von Zwangsversteigerungen gut an. Es wurden nicht weniger als sieben Termine bekanntgegeben. Darunter befindet sich auch die Versteigerung des sozialdemokratischen Gewerkschaftshauses, das dem Restaurateur Gustav Bollmann gehört.

Magdeburg. (Der Tod im Eisenbahnsteil.) In einem Zuge auf dem hiesigen Hauptbahnhof, der von Schönebeck kam, wurde ein Mann tot aufgefunden. Es handelt sich um den Wasserbauinspektor Karl Niech aus Grünwalde, der während der Fahrt vom Schlag getroffen wurde.

Werben (Spreewald). In der Nacht brach in Werben ein Brand aus, der durch den starken Sturm nach und nach 3 Scheunen und 2 Ställe ergriff und bis auf die Grundmauern niederlegte. Erst nach stundenlangem mühevoller Arbeit gelang es, des Feuers Herr zu werden. In den Gebäuden sind zahlreiche Vorräte, Wagen und landwirtschaftliche Maschinen verbrannt. Die Unterjudungen, die sofort am Tatort einlegten, sind zwar noch nicht beendet, führten aber bereits zur Festnahme des Täters. Am Brandort machte sich nämlich der 19jähr. Landwirtssohn Neumann verdächtig, so daß man ihn einem Verhör unterzog. Nach einigem Zögern legte Neumann ein Geständnis ab. Die Ursache zu der Tat ist noch nicht bekannt. Es wird jedoch der Vermutung Ausdruck gegeben, daß R. den Brand aus krankhafter Sucht angelegt hat.

Ein Jagdpächter der Grafschaft Glas erhielt zu Weihnachten einen Brief mit 23,05 Mark, dem ein Zettel mit den Worten beilag: „Für Wildbiber“. Der Jagdpächter hatte wohl gemerkt, daß in keinem Revier gewendet wurde, hatte aber mit so selbsten Widdelben nicht gerechnet.

[Gingehänd.]

Es kann täglich im Leben vorkommen, daß der Mensch in die Lage verkehrt wird, einem Verletzten zu helfen. Er kann es aber nicht, sobald er nicht die nötigen Kenntnisse über „Erste Hilfe“ besitzt. Bei dem heutigen Verkehrstempo liest man doch täglich in allen Zeitungen über Unfälle. Der Arzt kann nicht jedesmal sofort zur Stelle sein und doch wäre manches schlimme Menschenleben gerettet worden, wenn sofort die nötige Hilfe zur Stelle gemaekelt wäre. Die heutige Zeit verlangt, daß ein jeder Mensch über die nötigen Kenntnisse über „Erste Hilfe“ verfügt, denn bei der Arbeit, Turnen, Wandern, Spielen, überhaupt bei jedem Sport können Unfälle vorkommen, wo dann niemand eingreifen kann. Auch in der modernen Landwirtschaft müssen sich die Unfälle ereignen. Hier wäre es angebracht, sich die nötigen Kenntnisse über „Erste Hilfe“ und Krankenbefähigung, sowie Krankenbehandlung zu erwerben. — Es wird jedem, ohne Klassen- und Reglementsunterschied die Gelegenheit dazu gegeben, sich die nötigen Kenntnisse hierin anzuwischen, denn das hiesige „Rote Kreuz“ beginnt am Donnerstag, den 14. Januar mit einem neuen Lehrgang, welcher unentgeltlich stattfindet. Es ist Ehre und Pflicht, sich in dieser schweren Zeit mit dem Gedanken der Nächstenliebe zu befassen. Auch können aus der Umgebung von Annaburg, Kolonie, Naumburg usw. Interessenten an dem Lehrgang teilnehmen. Der Unterricht findet im Unterrichtsraum Vorderbischhof statt.

— Verprechen und halten, sagte Karl aus Blossig, ist meistens zweierlei. Wer aber zum Invenkurenverkauf der Fa. Ernst Sitte nach Torgau fährt, findet keine Erwartungen überflossen. Derartig niedrige Preise für Herren- und Knabenkleidung konnte man Jahre lang nicht. Wann gab es richtige Herrenanzüge schon für 20,50 RM.? Herrenhosen für 2,25 RM.? Feste Arbeitsjoden für 2,50 RM.? Herrenwindjacken für 7,50 RM.? Und warme gefütterte Winterjoppen für 9.— RM.? Deshalb, wer Herren- und Knabenkleidung braucht, fährt am besten gleich zu Ernst Sitte nach Torgau. Auch ein weiter Weg macht sich bezahlt.

Markt-Kalender.

18. Januar: Schwein- in Schönwalde.

Konsum-, Produktiv-, Spar- und Bauverein für Annaburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.

Sparbuch Nr. 1368 ist als verloren gemeldet und wird hiermit zwecks Kostlos-Erkennung aufgerufen.
Der Vorstand.

Suche Stellung als **Wirtshafterin** oder ähnliches
Frau Anna Weisner, Mühlenstraße 9.

Ein gutes, heizbares **möbl. Zimmer** zu vermieten.
Frau Gemnich, Torgauer Str. 11

Häckselmachine
Drillmaschine
Grasmäher
Großer Wagen
Autoswagen
Landauer
Schrotmühle
Neues Jauchenfaß
(900 Liter Inhalt)
verschied. Adergeräte
sowie einige
Ackergrundstücke
verkauft
O. Luschmann,
Torgauer-Str. 10.

Frau gesucht
bei gutem Wochenverdienst für eine kleine Verkaufsstelle (kein Laden). Bestehtend wird eingerichtet. Erforderlich ist kleiner Beitrag für Ware. Schriftliche Bedingungen sind unter A. Z. 5 in der Expedition des Blattes abzugeben.

Erwarte Mittwoch früh
Blutfrische grüne Heringe,
Kablau, Goldbarsch, Fischfilet
in dicker Verpackung und zu allerbilligsten Tagespreisen!
J. Kählig's Nachf.
Inh.: Martha Müller, Mühlenstr. 40.

Verbilligte
Brifetts
auf Besuchschein, pro Str. zu 83 Pf., gibt laufend ab.
Ferner nehme ich ständig Bestellungen auf Brifetts entgegen.
Werner Otte
Torgauerstr. 10.

Die gute 100 Volt-Anode
Pertrix 10.50 M.
Barta-Akku 10.50 "

Eine fast neue **Netz-Anode Transformator** mit Röhre 25.00 M.
für alle Batterie-Apparate passend

ein **Gleichrichter Ahemo** mit Röhren zum Selbstladen 18.00 M.
Wilh. Waisch.

Kaffeefiltrierpapier „Melitta“ (geschlitten, in Kartonpackung), empfiehlt **Herrn. Steinbeiß,** Papierhandlung.

Solvolith
vorzüglichste Zahnpasta
das Beste zur Gesundheits-erhaltung der Zähne!
Zahnärztlich empfohlen.
In haben bei:

J. G. Fritzsche
Stocknägeln
empfeht **Herrn. Steinbeiß.**
Bestellungen auf **Brifetts** und **Grudekoks**
nimmt ständig entgegen
J. Kählig's Nachf.
Inh.: Martha Müller
Mühlenstr. 40.

Sigella-Mop
Böhnerwachs
seinf. Tausch-
Schriwachs
Edelzopolitur
Wopöl, löse und in Flaschen, empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



Von Herzen danken wir allen, die uns beim Schmang unserer teuren Entschlafenen herzlichste Teilnahme bewanderten und die Dahingegangenen durch Grabgeleit ehrten. Gleichzeitig auch Dank für die zahlreichen Kranz- und Beihilfen, sowie dem Krügerverein für das bereitwillige Tragen und die Trauermilch. Besonderen Dank Herrn Warrer Schrad, Annaburg, für die tröstenden Worte am Grabe.

Familie Wilhelm Lehmann.

Naundorf, den 10. Januar 1932.

Es warf die schwere Krankheit,
 Als Schmerzenslager dich
 Und trotz der treuesten Pflege
 Des Lebens Kraft entwich,
 Du bist von uns geschieden,
 Du treues Mutterherz,
 Du hast uns Deinen Frieden
 Und mit den bitteren Schmerzen,
 Wer treu gewirkt, bis ihm die
 Kraft gebricht, wer liebend stirbt, ja,
 den vergißt man nicht!

Herzlichen Dank

für die aus Anlaß unserer
 Hochzeit so zahlreich er-
 wiesenen Aufmerksamkeiten

Hans Nöll und Frau,

Käthe geb. Morgenbrodt

Willi Morgenbrodt u. Frau

CARMOL hilft
 und darf in keinem Hause fehlen
 Rheuma, Hexenschuß,
 Kreuz-, Kopf- u. Zahnschmerzen
 hindert schon einmalige Anwendung
 Carmol tut wohl.



Preis Nr. 1,50 Doppelische Nr. 2,75

Apothek zu Annaburg — Drogerie Schwarze

Donnerstag früh
frische Seefische

in starrer Verpackung:

Skabian, Hfl. } zu den billigsten
 Goldbarich } Tagespreisen
 Fischlet o. Gräten }

J. G. Fritzsche.

Die Ware ist nach dem 1. Jan. 1932
um 10 Proz. billiger!

Zum Beispiel:

1 Lufttragbürtle	15 40 Pf.	1 Gummihüte	75 50 Pf.
1 Wangbürtle	50 45	Eine Wasch-	
1 Rohf handfeger	65 60	Gummihüte	1,95 1,90
1 Cocoshandfeger	65 60	1 Beril. groß	75 68 Pf.
1 Blafhaabefen	95 75	1 Beril. klein	40 38
1 Rohfhaabefen	1,25 1,10	1 Wa-Glasche	20 18
1 Waschbürtle	1,25 1,10	1 Wa	14 13
1 Waschfeger	1,95 1,75	1 Senko	14 13
1 Gefäßtrauf	1,75 1,50	1 Jun	35 29
1 Waschlapp	80 65 Pf.	1 Camelia	1,50 1,35
1 Camelia-		1 Camelia	1,- 90 Pf.
seibengürtel	95 85	1 Camelia	50 45
		1 Büchse Nitrea	60 54

Marta Stein, Seifen u. Parfümerien

Preis-Abbau!

in sämtlichen Lebensmitteln,
 sowie in Marken-Artikeln!

Tafel-Margarine . . . Pid. nur 36 Pf.
 Cocossfett in Tafeln . . . Pid. nur 36
 Ia. beif. Schweinefett . . . Pid. 58
 Weizengries Pid. nur 25
 Bohnen, weiß Pid. nur 15
 Linien Pid. nur 15
 Graupen Pid. nur 27

Preis-Senkung

in sämtlichen Spirituosen und Farben!
 außerdem 5 Prozent Rabatt!

Firma Th. Schunke-Nachf.

Polizeiliche An- und Abmeldeheine
 und vorzüglich in der Buchdruckerei S. Steinbeiß.

**Nähmaschinen
 Fahrräder
 Wringmaschinen
 Radio-Apparate
 Sprechapparate
 Schalplatten
 Taschenlampen
 Batterien
 Akku-Ladestation**

sowie alle Ersatzteile finden Sie in größter Auswahl und jeder Preislage bei mir.

Herm. Meyer sen. Torgauer Straße 7

Erstes Fachgeschäft am Platze

Alle Tage
groß. Preisabbau und
 bei **Thams & Garfs** 5%
 Annaburg **Nab.**

Wir bitten immer um Fenster zu beachten!

Drucksachen jeder Art

werden schnellstens angefertigt
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Beginn: 16. Januar 1932, 8 Uhr vormittags

RAUS ◆

um jeden Preis

das war das Leitmotiv für die Festsetzung der Ausverkaufspreise für unsere guten Waren!

die Zeit ist da

während der Sie nur einen Bruchteil des eigentlichen Wertes zu bezahlen brauchen!

Jede Minute ist kostbar

kommen Sie deshalb rechtzeitig, so fantastisch billige Angebote bieten sich nur einmal im Jahr zum

**Inventur-
 Ausverkauf
 Carl Quehl**

Frauen-Verein
 Donnerstag, d. 14. Jan.
 abends 8 Uhr
 in „Stadt Berlin“.

**Bürger-
 Schützen-
 Vereine. V.**

Donnerstag, d. 14. Jan.
 abends 8 Uhr

Berfammlung

bei Kam. Genig (Bald-
 schützigen). Erläutern aller
 Kameraden ermuntert.

Der Vorstand.

**Frische
 Landbutter**

Stück 50 und 55 Pf.

sowie frische

Land-Eier
 eingetroffen.

Ja. Th. Schunke Nachf.

**Limburger
 Schweizer
 Gummilader
 Käse**

ff. Land-
 empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Sauerkohl

frisch eingetroffen

empfiehlt

Ja. Th. Schunke Nachf.

**Briefordner
 Schnellhefter**

Stempelfarben

Stempelkissen

Durchschlag- und

Kohlepapier

zu haben bei

Herm. Steinbeiß

Bücherhandlung.

Radfahrer-Verein Burzien

Am Sonnabend, den 16. Jan.
 1932, findet unser diesjähriger

Maskenball

statt. Es ladet hierzu freundlich ein
Der Vorstand.

Arb. Radfahrer-Verein, Ortsgruppe Naundorf

Wir veranstalten am 16. Januar 1932,
 im Saale des Herrn Müller in Naundorf
 unseren diesjährigen

Maskenball.

Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

„Krügerol“
 Kukuruz-Bohnen
 als nahrhafte, leicht verdauliche
 Nahrungsmittel

Zu haben bei:
J. Kählig's Nachf. Inh.: Martha Müller

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Es ist kalt!

Alles, was Sie an kalten Tagen gebrauchen,
 sollten Sie sich an **Qualitäts-Waren** kaufen!
 Für die Kälte das Beste: **Pullover und Weste.**
 Lauter schöne, gute Waren
 finden Sie bei uns in Scharen.
 Dieses, jenes und so mancherlei,
 was Sie brauchen, ist bestimmt dabei;
 denn vor allem sind ja heute —
 weil es wichtig ist für alle Leute —
 unsere Preise, winzig und bescheiden,
 daß wir's kaum in Worte können kleiden.

Ernst Peschke, Aderstraße 16.

Das Haus der guten Qualitäten!

18 Milliarden Mark Umsatzzugang im Postverkehrsverehr.

Die Deutsche Reichspost im Jahre 1931. Die Deutsche Reichspost veröffentlicht einen vorläufigen Rückblick über den Postverkehr im Jahre 1931. Danach waren infolge der anhaltenden allgemeinen Wirtschaftslage die Verkehrsleistungen in allen Verkehrsarten rückläufig. Auch im letzten Jahre legte die Post besonderen Wert auf die Durchführung von Verkehrs- und Betriebsverbesserungen.

Dabei ist die Reichspost nach Möglichkeit bestrebt war, entscheidende Kräfte nicht der Arbeitslosigkeit anheimzufallen zu lassen, so konnte im ganzen im Hinblick auf den rückläufigen Verkehrsstand nicht vermieden werden, den Personalstand zu verringern. Da von dem im Herbst 1930 eingeleiteten zusätzlichen 200-Millionen-Mark-Arbeitsbeschaffungsprogramm noch erhebliche Mittel zur Verfügung standen, konnten bis Ende November 1931 in der allgemeinen Wirtschaft rund 26.300 Arbeitskräfte neu eingestellt und 52.000 weiter beschäftigt werden.

500 Millionen Reichsbahndefizit.

Die Deutsche Reichsbahn veröffentlicht einen vorläufigen Rückblick auf das Jahr 1931, das eine weitere Verschlechterung der Finanzlage der Reichsbahn mit sich gebracht hat. Der Gesamterlös der Reichsbahn entfällt auf den Güterverkehr, der um rund 525 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen ist. Die Ausgaben der Reichsbahn konnten trotz verschiedener Sparmaßnahmen nicht entsprechend eingeschränkt werden, da der größte Teil der Unkostenfaktoren gebunden ist. Trotz Kürzung der Besätze des Personals im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, trotz Senkung des durchschnittlichen Personalstandes von rund 32.000 auf 30.000 Mitarbeiter und trotz Verringerung des Arbeits- und Beschaffungsprogramms um rund 27 Prozent ist damit zu rechnen, daß die Ausgaben die Einnahmen des vergangenen Jahres um rund 500 Millionen Mark überschreiten werden.

Die Ausgaben der Reichsbahn für das neue Geschäftsjahr werden, wie von der Reichsbahn bereits wird, entscheidend von der bevorstehenden Reparationsrechnung abhängen.

Weniger Kraftfahrzeuge.

Trotz der trübenden Ausprägung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich die Produktion der deutschen Automobilfabriken im Jahre 1931 mengenmäßig gegenüber dem Vorjahre nicht mehr wesentlich verringert. Infolge der stark rückläufigen Entwicklung der ausländischen Montagebetriebe ist aber die Gesamtproduktion von Kraftwagen in Deutschland auf etwa 76.000 gegen 93.000 im Vorjahre, d. h. um 17 Prozent zurückgegangen. Davon entfielen auf die deutschen Fabriken 65.800 Einheiten gegen 71.000 im Jahre 1930; das bedeutet einen Rückgang von 5.200 Einheiten oder um 7,3 Prozent. Der Zusammenbau in den Montagebetrieben ausländischer Firmen mußte von 22.750 auf etwa 10.250 Einheiten um rund 55 Prozent, also wesentlich stärker eingeschränkt werden.

Als Licht in meine Augen kam

Roman von Marie Blant-Eismann.

25. Fortsetzung. Nachdruck verboten. "Wissen Sie auch, Frau Renate," fuhr Hansjürgen leidenschaftlich fort und rückte dabei seinen Stuhl näher an Frau Renate heran, "was diese Blumenhüscheln Ihnen erzählen wollen?" "Herr Baron?" "Dunkelrote, glühende Rosen sind das Zeichen der Liebe, Frau Renate, heißer großer Liebe, die ich Ihnen heute zu Füßen legen will. Erinnern Sie sich noch jenes freilich morgens, da wir zusammen nach dem Tiergarten ritten?" Renate nickte stumm und ihre Hände umklammerten wie hilflos die zarten Blüten. "Damals erzählte ich Ihnen von meiner bevorstehenden Werbung nach Tokio, die ich durch politische Verhältnisse bis gestern verzögert hat. Jetzt aber trage ich meine Ernennung in der Sache und in vier Wochen erlaßt die Kaiserreise. Und nun bin ich gekommen, Frau Renate, Sie zu fragen, zu bitten: Wollen Sie mit mir gehen als mein angebetetes, geliebtes Weib? Seit Wochen hat mich Ihr 'Vielleicht', das Sie mir damals zureis, mit großen Hoffnungen erfüllt, und nun dann ist das Glück vollkommen und sagen Sie 'Ja'!" Hans Jüngen erzählte Renates Hand und erschrak über die Geste, die sie entwarf. "Sagte ich Ihnen nicht, daß Sie sich nicht danach, sondern schob sie unwillig mit dem Fuß zur Seite. Hansjürgen von Hagenbach blickte mit großen entsetzten Augen erst auf Renate, dann auf die armen, mißhandelten Blumen, die im Sturz entblättert waren. Er hob sie auf, legte sie langsam auf den Tisch und ein jähres Entzinnen flog über sein Gesicht.

Von der Produktion der deutschen Kraftwagen entfielen etwa 56.300 (s. S. 61/59) auf Personenkraftwagen und 9.500 (9.950) auf Lastkraftwagen. Im Gegensatz zur Kraftwagenproduktion ist die Kraftfahrzeugproduktion mengenmäßig weiter beträchtlich gestiegen. Es wurden nur 14.400 (33.300) Großkraftwagen und 25.800 (41.000) Kleinkraftwagen gefertigt. Der Gesamtmarkt der Kraftfahrzeugproduktion dürfte 1931 kaum wesentlich über 500 Millionen Mark (letz. gegenüber 600-700 Millionen Mark im Vorjahr) und rund 900 Millionen Mark im Jahre 1929.

Ein schwerer Schlag für den Völkerverbund.

Energisches Vorgehen Amerikas in der Wandschüre. Die amerikanische Regierung hat eine Note an China und Japan gerichtet, in der unter Hinweis auf den Neumächtevertrag und den Kellogg-Pakt erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten eine Geschäftslehre der angeblich in der Lage nicht anerkennen würden. Ebenfalls würden sie Abmachungen von Verträgen zwischen Tokio und Peking anerkennen, durch die Vertragsrechte Amerikas oder amerikanischer Bürger verletzt würden. Dazu gehören auch solche Abmachungen, durch welche die Unabhängigkeit und die territoriale Unantastbarkeit Chinas verletzt würden. Washington erklärt, daß die anderen Unterzeichnerländer des Neumächtevertrages ähnliche Schritte unternehmen. Die amerikanische Regierung hat den Anfang gemacht, weil der Neumächtevertrag in Washington unterzeichnet wurde. Dieser Schritt der amerikanischen Regierung, der sich auf den Neumächtevertrag stützt, hat die "offene Tür" in der Wandschüre garantiert, nicht, die feineren Zusammenhang mit den ergebnislosen Bemühungen des Völkerverbundes, Frieden zu stiften. Seine Untersuchungskommission für die Wandschüre dürfte inmunde nicht mehr sein, als eine seltene Geste. Jedenfalls bedeutet das Vorgehen Amerikas einen schweren Schlag für das Ansehen des Völkerverbundes.

Dreimächteschritt in Japan.

Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich verlangen Auslieferung. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich haben beschlossen, wegen der allgemeinen Lage in der Wandschüre gleichzeitig Vorstellungen dringender Art in Tokio zu erheben. Für politische Unantastbarkeit Chinas. Die Unterzeichner des Neumächte-Vertrages von 1922 haben beschlossen, unter Berufung auf den Vertrag für die territoriale und politische Unantastbarkeit Chinas einzutreten. Die diplomatischen Vertreter aller Vertragsländer haben mit Stimmen beraten. Der deutsche Botschafter hatte eine Besprechung mit Unterstaatssekretär Gafke.

Kurze politische Nachrichten.

Der russische Außenminister hat dem japanischen Botschafter die russischen Bedenken über die angebliche Verbindung vorgehalten, die zwischen japanischen Militärführern in der Wandschüre und russischen Weisagern bestehe. Der Reichswirtschaftsminister hat auf eine Anfrage des Deutschen Langemiedes mitgeteilt, daß auch im Jahre 1932 mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage bei Reich, Ländern und Gemeinden keine Volkszählung vorgenommen werden würde. Im Zusammenhang mit der Reform der Sozialversicherung, die augenblicklich im Reichsarbeitsministerium beraten und im Februar bereits dem Reichstag vorgelegt zu werden wird, wird auch die Frage besprochen, ob die Erhöhung der Beiträge für die Sozialversicherung in einigen Punkten zu verschärfen.

werden wird, wird auch die Frage besprochen, ob die Grenze der Angehörigenversicherungspflicht gemäß der allgemeinen Geschäftsleistung herabgesetzt werden soll.

Der Staatssekretär des Preussischen Staatsministeriums erklärte auf eine Anfrage, daß der neue Preussische Landtag vor dem 20. Mai 1932 gewählt werden müsse. Die Preussische Staatsregierung habe niemals daran gedacht, gegen die klare Bestimmung der Verfassung zu verstoßen. Die Wahlen würden zum verfassungsmäßigen Termin stattfinden.

Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber hat auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die preussische Staatsregierung sich durch ihren Vertreter im Verwaltungsrat der Reichspost bei der zuletzt im Jahre 1928 erfolgten Ermäßigung der Gebühren für Briefgebühren für diese Vergrößerung eingestellt habe. Auch in Zukunft werde die preussische Regierung auf eine weitere Herabsetzung der Fernpostgebühren im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Reichspost hinarbeiten.

Im Anhaltischen Landtag wurde Ministerpräsidentenzeit mit 17 Stimmen der Linken wieder genehmigt. 13 Stimmen entfielen auf den Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Partei, Dr. Siebert. Die Rechte hat bereits einen neuen Mißtrauensantrag gegen das Ministerium eingebracht.

Die nationalsozialistische Tageszeitung "Der Angriff" ist auf die Dauer von sieben Tagen vom Volksrechtshilfen des Reiches ausgeschlossen worden. Dem Vernehmen nach wurde das Verbot wegen zweier Artikel ausgesprochen, in denen eine Verächtlichmachung der Justiz und eine Herabwürdigung der jüdischen Religionsgemeinschaft zum Ausdruck gebracht worden sei.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Am Ende des Jahres 1931 betrug der Arbeitsmarkt das Bild einer anhaltenden tiefen Depression. Inzwischen hat die Arbeitslosigkeit weiter an, deren Höhepunkt erfahrungsgemäß erst gegen Ende Februar zu erwarten ist.

Im Vorjahr wurde am Jahresfluß nach einer Zunahme im gleichen Zeitraum um rund 407.000 eine Arbeitslosenzahl von rund 4.384.000 erreicht. Neben den Saisonarbeitern, in denen die Arbeitslosenzahl infolge der unglücklichen Witterung um 7,3 Prozent fiel, haben auch die überlebend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen eine wenn auch schwächere Zunahme, nämlich um 5,1 Prozent, zu verzeichnen.

Der Druck, der von den internationalen Währungsschwierigkeiten und von den Abperrungsmaßnahmen wichtiger Abnehmerländer ausgeht, hat sich weiter verschärft und hat die Auswirkungen der auch sonst nach dem Weltmarktschicksal ähnelnde Stelle verstärkt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsbewerber betrug am 31. Dezember in der Arbeitslosenversicherung 1.642.000, in der Arbeitslosenversicherung 1.506.000. Von der Gesamtzunahme um rund 214.000 entfielen rund 154.000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 60.000 auf die Arbeitslosenversicherung.

Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigt sich in seiner letzten Sitzung mit Fragen der Bekämpfung von Schwarzarbeit. Die Reichsregierung hat auf Anregung von Länderregierungen den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat um ein Gutachten in dieser Frage ersucht. Es ist dabei der Gedanke angeregt, die Gewerbeordnung in einigen Punkten zu verschärfen.

zu verraten, denn dann würde die heiße Liebe Hansjürgens in glühenden Haß umschlagen. "Vielleicht?" wiederholte Hansjürgen mit schneidender Stimme. "Wieder nur dieses 'Vielleicht'!" "Ich nicht anders!" Hansjürgen von Hagenbach schlug die Seiten zusammen, verbeugte sich zerknirschend und entgegnete: "Dann gestatten Sie mir, daß ich mich empfehle!" "Er überließ die Hand Renates, die sie ihm entgegenstreckte. Eine nochmalige tiefe Verbeugung, dann fiel die Tür hinter ihm ins Schloß. Wie gelähmt stand Renate da und blickte ihm mit starren Augen nach. Mechanisch griff sie nach den roten Rosen und entblätterte mit finsternem Gesicht die duftigen Blüten. "Renate, Kind, was ist geschehen?" rief Frau von Beeren von der Tür her, so daß die junge Frau erschrocken zusammenfuhr. "Was soll das bedeuten? Ich hörte erregte Stimmen und jetzt läufst Hansjürgen von Hagenbach an mir vorbei, ohne mich zu sehen. Dabei war sein Gesicht todbleich und auch du siehst teilhaft verändert aus! Warum zerpflicken deine Hände die prächtigen Rosen?" Renate ließ den Strauß fallen und eilte zu ihrer Mutter. Angitwoll schlang sie ihre Arme um den Hals der alten Dame und barg schluchzend ihren Kopf an deren Schulter. "Er hat um meine Hand angehalten, Mutter," gefand sie leise. "Renate, und du hast ihn fortgeschickt?" "Ich konnte nicht anders," schluchzte die junge Frau. Frau von Beeren schüttelte ernst den Kopf. "Kind, Kind, hast du dir auch recht überlegt, was du getan hast?" Frau Renate rückte sich empor und der alte Trotz blitzte in ihren großen dunklen Augen auf. "Ich konnte nicht anders! Ich liebe ihn nicht!" "Aber Sobst glaubtest du einst zu lieben und bist doch nicht glücklich geworden!" (Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Verteilungsträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Bergauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für ein halbes Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einzeln, Umhängezettel, Schmierzettel und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 5.

Dienstag, den 12. Januar 1932.

35. Jahrg.

Deutschland zahlt keine Tribute mehr!

Um Hindenburgs Präsidentschaft.

Wiederwahl ohne Gegenkandidat.

Die Frage der Präsidentschaft Hindenburgs ist nun soweit geklärt, daß eine Verlängerung der Amtszeit durch den Reichstag nicht mehr in Betracht kommt. Sittler und Hugenberg haben diesen Vorschlag des Reichstanzlers Brüning und des Reichswehrministers Groener nicht angenommen. Beide Parteiführer teilten ihren Entschluß getrennt in getrennten Briefen, die noch veröffentlicht werden sollen, dem Reichstanzler mit.

Die Verlängerung der Amtszeit wird also jetzt auf dem von der Verfassung vorgeschriebenen Wege der Wahl durch das Volk vorgenommen werden. Deutsche nationale und Nationalsozialisten scheinen auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet zu wollen, so daß Hindenburg — wenn man von dem unvermeidlichen kommunikativen Jährl-Mandanten abliest — ohne Gegenkandidat gewählt würde. Die Präsidentschaftswahl würde dann nicht erst im März, sondern vielleicht schon im Februar vor sich gehen können.

Volkswahl am 13. März?

In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Volkswahl am 13. März stattfinden wird. Als alleiniger Kandidat kommt der bisherige Reichspräsident in Betracht, dem nur ein kommunikativer Gegenkandidat entgegenzusetzen dürfte.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende

beschäftigte sich mit der Anregung des Reichstanzlers, die Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg durch einen verfassungsmäßigen Beschluß des Reichstages verlängern zu lassen. Der Fraktionsvorsitzende erwiderte außerdem die außenpolitische Lage im Zusammenhang mit den bevorstehenden internationalen Verhandlungen in Lausanne. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Reichstagsfraktion des Landvolks hat über die gleichen Fragen beraten. Beschlüsse wurden mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen ebenfalls nicht gefaßt.

Brüning gegen Tribute.

Der englische Botschafter beim Kanzler.

London, 10. Januar.

Unter der Überschrift „Deutschlands Ultimatum“ veröffentlicht haben der „Star“ ein Reutertelegramm aus Berlin über einen Besuch des englischen Botschafters Sir Horace Kumbold bei Reichstanzler Dr. Brüning.

Hierbei verkündigte der Kanzler den englischen Botschafter davon, daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen könnte, wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wieder belebt werden sollte. Die deutsche Abordnung müsse auf der Lausanner Konferenz dringend für die vollständige Streichung der Reparationen eintreten.

Die Anklagen Brünings und seiner Kabinettskollegen über die Reparationen seien wiederholt den ausländischen Diplomaten gegenüber erläutert worden. Auch die Presse habe das der Öffentlichkeit gegenüber getan. Man wolle in den zuständigen Kreisen in Berlin darauf hin, daß das geborgte Geld, mit dem Deutschland bisher seine Reparationen bezahlt hätte, da es nicht für produktive Zwecke verwendet worden sei, tot sei.

Das deutsche wirtschaftliche Leben stehe jetzt am Rande des vollständigen Zusammenbruchs. Dieser würde sicherlich ganz unvermeidlich werden, wenn versucht würde, wieder die Reparationslasten Deutschland aufzuerlegen. Wenn Deutschland dagegen von dieser

Last befreit würde, so werde es in der Lage sein, seine privaten Schulden zur gegebenen Zeit zu bezahlen. Aber es könne unmöglich diese und die Reparationen zusammen zahlen.

Duchy am 25. Januar.

Der Termin für den Zusammentritt der Internationalen Konferenz ist nun endgültig festgelegt. Sie beginnt am 25. Januar und wird in Duchy am Genfer See tagen.

Brünings Weltschmerz.

Berlin ist zweifelsfrei.

Berlin, 12. Januar.

Nachdem sich die erste Erregung über die Tributverklärung Brünings gelegt hat, macht sich überall in der Welt eine ruhigere Auffassung bemerkbar, und in Berlin bezieht man die Lage durchaus zurecht. Die ursprünglich erwartete Drohung, daß Frankreich nicht zur Konferenz erscheinen werde, ist nicht eingetreten. Bemerkenswert ist eine Havas-Erklärung, wonach sich zwar die französische Regierung ihre Stellungnahme vorbehält, aber gleichzeitig feststellt, daß Frankreich in Lausanne erscheinen werde. Auch die Pläne, das Haager Gericht in Anspruch zu nehmen, haben sich nicht verwirklicht.

Pertinax droht.

Allerdings werden in der französischen Presse nach wie vor Repressalien gegen Deutschland gefordert. Ueber die voraussetzliche Haltung der französischen Regierung gibt ein Artikel von Pertinax gewisse Aufschlüsse. Er schreibt, Frankreich sei in seiner Verteidigung durchaus in der Lage, die Mittel zu beschaffen.

So werde die Bank von Frankreich ihren der der Reichsbank gewährten Anleihe von 100 Mark Ende Februar zweifellos nicht verlängern. werde es nicht schwierig sein, die deutsche Wirtschaft gewisse Gläubiger, die Frankreichs Schulden seien. Darüber hinaus könne Frankreich seine Rechte wahren, das es wie im Jahre 1921 Zollmaßnahmen die deutsche Einfuhr ergreife. Auf jeden Fall sei die französische Öffentlichkeit, daß man den Reichstanzler nicht erlaube, einen neuen „Festgen Papier“ Papierkorb zu werfen.

Nach dieser aus der Tiefe seines Gemüts aus Drohung geht Pertinax zu den französisch-englischen Verhandlungen über und stellt fest, daß die Besprechungen reich vom Fleck kämen. Er bezeichnet den deutsch als eine der traurigen Folgen der Rheinlandräum habe in Frankreich stets gefürchtet, daß die Entlassung ausländischer Truppen den deutschen Schuldenern nicht geben werde, ihr Wort zu brechen.

Der „Matin“ beschäftigt sich ebenfalls mit der Verlängerung des der Reichsbank gewährten und meint, daß man der These „Deutschland kann zahlen“ die These „Frankreich kann nicht mehr leihen“ entgegenstellen müsse.

Sollte die französische Regierung wirklich zu gehern folgen und die Verlängerung des Reichs verbindern, so würde das nur den Erfolg haben, öffentliche Tributumsfähigkeit Deutschlands noch offenkundiger wird. Ob Frankreich praktisch etwas dadurch erreichen würde, ist jedoch mehr als zweifelhaft, denn nortfalls könnte der französische Anteil an dem Redaktionskredit auf andere Weise ausgeglichen werden. Ebenso wenig zweifelhaft wären auch die anderen in der Presse angeführten Maßnahmen.

Polen gefordert.

Ähnlich wie in Frankreich selbst ist die Aufnahme der Kanzlererklärung in den französischen Verlautbarungen, besonders in Polen.

Allerdings beschränkt sich die polnische Presse darauf, ihre Ansicht durch den Abdruck der französischen Kommentare und durch recht deutliche Überschriften zu dokumentieren.

wie zum Beispiel: „Die Erklärung Brünings ist ein Akt des politischen Wahnsinns“, „Europäischer Finanzstand“, „Die Deutschen werden die Reparationszahlungen nur unter Kriegsdrohung leisten“ usw. Am beliebtesten scheint jedoch die Feststellung des „politischen Wahnsinns“ zu sein, da dieser Satz am häufigsten wiederholt wird.

Der Widerhall in Italien.

Auch in Italien hat die Kanzlererklärung ihren Eindruck nicht verfehlt.

In fachlichen Kreisen erinnert man an die Rede Mussolinis in Neapel, in der er fragte, ob wirklich 60 lange Jahre vergehen müssen, bis man den Schlußtritt unter die Berechnung von Soll und Haben legen werde, die aufgegangen sei in dem Blut von zehn Millionen junger Menschen, die die Sonne nie mehr sehen würden.

Man erinnert weiter an den Satz Mussolinis: „Wenig Zeit wird noch vergehen müssen, bis die Ueberzeugung sich durchsetzt, daß im Weltwirtschaftssystem irgend etwas in Unordnung sein muß? Aus der Presse erhebt man, daß Italien seinen letzten Standpunkt beibehalten hat. Der „Rapallo di Roma“ weist auf die enge Verkopplung von Tributen, Kriegsschulden und privaten Schulden hin. Es würde einen großen Schritt vorwärts bedeuten, wenn die Welt einsehe, daß sie viel ärmer ist, als sie glaubt.

Erklärung MacDonalds.

Im Gegenlag zu Frankreich und seinen Gläubigern steht die Haltung der angelsächsischen Länder und der Neutralen. Der englische Ministerpräsident MacDonald erklärt in einer Unterredung zu den Feststellungen Brünings, daß die Politik und die Stellungnahme der englischen Regierung erst am geeigneten Ort und zur geeigneten Zeit mitgeteilt werden, daß es angeht, den überdicht geschädigten deutschen Regierungen die politische Problematik einleuchtig gewesen sei, daß Dr. Brüning auf der Lausanner Konferenz, daß er sie schon abgegeben müßte denn je; denn es sei nicht möglich, wie sie seien.

Das sei das Ergebnis von internationaler Konferenz sei die Frage zu behandeln. Nach seiner Ansicht seien alle betroffenen Regierungen und Verflechtung Europas davon in Kenntnis des Gehalts der Presse widmet der Tributfrage reiches Auf den Grundton aber der Kanzler des Reichstanzlers auf gegen sachlich gut begründet sei. „Times“

Brünings die deutsche Haltung ganz die Ablehnung der Lausanner Konferenz.

„Telegraph“

heraus, daß Deutschland nicht die nicht der Hauptbestandteil eines Schuldensystems, sondern eine Forderung nach der Forderung infolgedessen zuviel, als nicht das Deutschland in Zukunft zahlen

„Daily Mail“

erklärt, es sei die nackte Wahrheit, daß Deutschland gegenwärtig nicht zahlen könne. Frankreich sei es, ob das Reich auch in aller Zukunft zahlungsunfähig bleibe.

Der „Daily Herald“

sichert die Unterstützung der englischen Arbeiterpartei bei allen Versuchen zur Streichung der Schulden zu. Deutschland habe bereits mehr an Frankreich bezahlt, als die Kriegsschäden auszumachen. „People“

bringt die Nachricht, daß in französischen Kreisen der sofortige Zusammentritt der Tributumsfrage gefordert werde, die sich auf eine gemeinsame Politik einigen sollten. Der Zweck sei natürlich, daß gegen Deutschland Zwangsmaßnahmen ergriffen werden sollten; aber es sei ganz sicher, daß Frankreich in diesem Falle nicht die Unterstützung Englands und Amerikas erhalten werde.

